



Nicht jeder schafft es bis zum Abschluss

Studium. Mehr als jeder vierte Student bricht sein Bachelorstudium ab. Besonders häufig scheitern Studenten der MINT-Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Besser sind die Quoten in den Masterstudiengängen: Hier gibt an den Universitäten nur jeder Zehnte auf.

Seit 2006 wird die Abbrecherquote in den Bachelorstudiengängen an deutschen Hochschulen gemessen (Kasten). In dieser Zeit ist die Quote um 2 Prozentpunkte auf 28 Prozent im Jahr 2012 zurückgegangen.

- **Bachelor.** Dass die Abbrecherquote bei den Bachelorstudenten leicht rückläufig ist, liegt besonders an den Entwicklungen an den FHs:

An den Fachhochschulen ist die Abbrecherquote der Bachelor-

studenten von 39 Prozent im Jahr 2006 auf nun 23 Prozent gesunken. An den Universitäten ist sie dagegen im gleichen Zeitraum um 8 Prozent gestiegen.

Die wenigsten Studienabbrecher beklagen – sowohl an den Universitäten als auch an den Fachhochschulen – die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Grafik).

In den Ingenieurwissenschaften zeigen neuerdings mehr Studenten Durchhaltevermögen, die Abbrecherzahlen sind aber weiterhin recht hoch. Branchen 2010 noch fast 50 Prozent dieser Studenten ihr Universitätsstudium ab, waren es 2012 lediglich 36 Prozent. Nur bei den Bauingenieuren gibt weiterhin jeder zweite während des Studiums auf.

In fast allen Fächerguppen ist die Abbrecherquote an Fachhochschulen geringer als an Universitäten.

Dennoch schaffen auch an den FHs 31 Prozent der Ingenieure keinen Abschluss.

- **Staatsexamen.** Wer dagegen ein Staatsexamen anstrebt, erreicht fast immer einen Abschluss: Ledig- →

Jeder Dritte gibt auf

So viel Prozent der Studienanfänger brachen ihr Studium ab

■ 2010 ■ 2012



	An Universitäten	An Fachhochschulen
Bachelor insgesamt	35 33	19 23
Mathematik/ Naturwissenschaften	39 39	30 34
Ingenieurwissenschaften	48 36	30 31
Sprach-/Kulturwissenschaften/Sport	32 30	k. A. 21
Agrar-/Forst-/Ernährungswissenschaften	33 30	21 18
Rechts-/Wirtschafts-/Sozialwissenschaften	24 27	6 15

Quelle: Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien · iwd 26 · Foto: Wavebreakmedia/Micro - Fotolia.com

Inhalt

Überstunden. In Deutschland wurden für 2013 knapp 1,4 Milliarden Überstunden gezählt, sie machen 2,8 Prozent der gesamten Arbeitszeit aus. Seite 3

Lebenszufriedenheit. Die Deutschen sind so zufrieden wie lange nicht. Der Zufriedenheitsfaktor lag 2012 auf einer zehnteiligen Skala bei 7,1. Seite 4-5

Tariflöhne. Seit dem Ende der Wirtschaftskrise steigen die Löhne deutlich stärker als die Produktivität. Die Folge: höhere Preise. Seite 6

Allgemeinverbindlichkeit. Mit dem neuen Tarifautonomiestärkungsgesetz soll Tarifverträgen mehr Geltung verschafft werden. Seite 7

Länderfinanzausgleich. Der Solidarpakt II läuft 2019 aus. Die Länder fordern eine Beteiligung am Soli und hoffen auf mehr Einnahmen. Seite 8

Präsident:
Arndt Günter Kirchhoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ lich 13 Prozent verlassen die Hochschulen vorzeitig. Ein Grund dafür: Diese Studenten haben meist ein klares Berufsbild vor Augen und identifizieren sich somit stärker mit ihrem Studienfach.

• **Master.** Erstmals hat das Deutsche Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) für 2012 auch die Abbrecherquoten im Masterstudium erfasst:

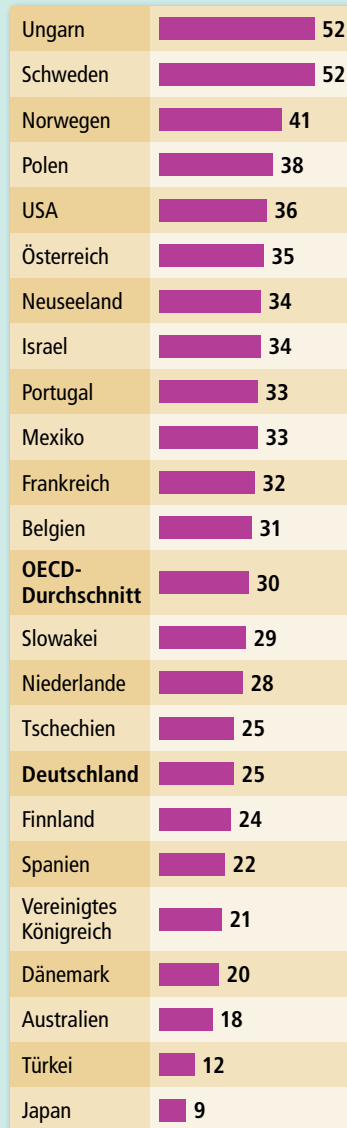
Wer sich für ein Masterstudium entschieden hat, schließt dieses in den meisten Fällen auch erfolgreich ab – nur 11 Prozent der Studenten an den Unis und 7 Prozent an den FHs werfen vorzeitig hin.

Vor allem in den MINT-Fächern ist die Quote deutlich geringer als in den Bachelorstudiengängen. Lediglich 5 Prozent der Masterstudenten in Mathematik und Naturwissenschaften brachen ihr Studium ab.

Wie aus einer Untersuchung der OECD hervorgeht, liegt Deutschland im internationalen Vergleich der Studienabbrecherquoten im unteren Mittelfeld (Grafik). Die niedrigen Quoten in Japan und der Türkei sind auf hohe Eingangshürden zu den Studiengängen zurückzuführen – ähnlich wie in Deutschland etwa für das Medizinstudium. Wer hier Arzt werden will, benötigt ein sehr gutes Abitur.

Studienabbrecher international

So viel Prozent der Studenten des Abiturientenjahrgangs 2011 erzielten keinen Studienabschluss



Ursprungsdaten: OECD

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien · iwv26

Um die Abbrecherquote an deutschen Hochschulen weiter zu verringern, sollten die Beratung angehender Studenten und die Fachdidaktik innerhalb der Studiengänge verbessert werden. Die Bundesbildungsministerin will zukünftig außerdem kleine und mittlere Unternehmen darin unterstützen, mehr Studienabbrechern eine Berufsausbildung zu ermöglichen.

Das DZHW arbeitet derzeit an einer umfangreichen Analyse zu den Gründen, warum Studenten ihr Studium abbrechen. Die Ergebnisse werden voraussichtlich Ende 2015 veröffentlicht. Bisherige Untersuchungen haben vor allem Leistungs- und Finanzierungsprobleme sowie mangelnde Motivation als Hauptmotive ausgemacht.

Die Abbrecherquote

Da die amtliche Statistik aus Datenschutzgründen keine Merkmale zum individuellen Studienverlauf enthält, kann das Deutsche Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) die Abbrecherquoten nur näherungsweise berechnen. Dazu hat es die Zahlen der Anfänger- und Absolventenjahrgänge unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Studienzeiten verglichen. Fach- und Hochschulwechsler gehen nicht in die Berechnung ein.

IW Junior: Von Kunstobjekten und Klappmaulpuppen



IW Junior, ein Programm des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), feiert in diesem Jahr seinen 20. Geburtstag. Aus diesem Anlass hatte Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, Schirmherr der JUNIOR-Programme, die Teilnehmer des diesjährigen Bundeswettbewerbs „Bestes Junior-Unternehmen“ in sein Ministerium eingeladen. Dort sicherte sich vergangene Woche die Schülerfirma Plattenspiel des Andreanums in Hildesheim den ersten Platz. Das Schülerunternehmen, das aus

alten Schallplatten Kunstobjekte fertigt, darf nun Deutschland beim Europa-Wettbewerb der Schülerfirmen im estländischen Tallinn vertreten, der zwischen dem 22. und 25. Juli stattfindet. Mit dabei ist auch der neue JUNIOR-Unternehmergeist, eine Klappmaulpuppe. Das Maskottchen wird anschließend ein Jahr lang durch Deutschland reisen und neben Förderern und Unterstützern auch ehemalige JUNIOR-Teilnehmer besuchen, die zwischenzeitlich eigene Unternehmen gegründet haben. Die Reise des Unternehmergeists kann man ab sofort in Bildern und Videos auf Facebook verfolgen unter: [facebook.com/iwjuniior](https://www.facebook.com/iwjuniior)

Weniger als vermutet

Überstunden. Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland knapp 1,4 Milliarden Überstunden geleistet. Das klingt nach viel, ist aber wenig. Denn die Überstunden machen nur 2,8 Prozent der gesamten Arbeitszeit aus.

Überstunden sind für die meisten Arbeitnehmer ein bekanntes Phänomen. Eine Auswertung des Sozio-oekonomischen Panels mit Daten für 2011 zeigt: Fast 80 Prozent der Vollzeitbeschäftigten und immerhin noch 65 Prozent der Teilzeitbeschäftigten leisten Überstunden – der eine mehr, der andere weniger:

Wirtschaftszweige. Mehrarbeit fällt zwar in allen Branchen an, allerdings häuft sie sich dort, wo der Arbeitskräftebedarf jahreszeitlich bedingt stark schwankt – wie in der Land- und Bauwirtschaft, wo mehr als 80 Prozent der Beschäftigten Überstunden machen.

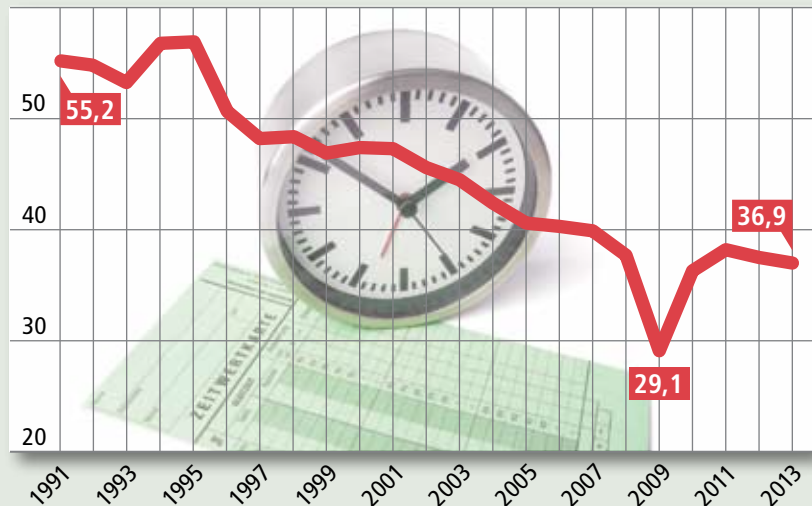
Am seltensten wird die Regelarbeitszeit im Einzelhandel überschritten. Dort machen annähernd 30 Prozent der Arbeitnehmer nie Überstunden.

Qualifikation. Je anspruchsvoller der Job, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass der Feierabend öfter mal verschoben werden muss. So leisten nur 60 Prozent der Arbeitnehmer ohne Berufsausbildung Überstunden, aber mehr als 80 Prozent der Akademiker. Hochqualifizierte können eben nicht so leicht ersetzt werden, wenn Not am Mann ist. Bei Unqualifizierten, die meist nicht eingearbeitet werden müssen, ist das einfacher.

Wie aber werden Überstunden abgegolten?

Mehrarbeit hält sich in Grenzen

Bezahlte Überstunden in Deutschland pro Arbeitnehmer und Jahr



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iw-dienst - Fotolia.com

- Nahezu die Hälfte der Arbeitnehmer sammelt in der Regel die Überstunden auf Arbeitszeitkonten und bummelt sie in arbeitsschwachen Zeiten ab.

- Ein weiteres Fünftel bekommt teils Freizeitausgleich teils Geld.

- Für 17 Prozent der Arbeitnehmer gibt es keinerlei Kompensation – zum Beispiel, weil im Arbeitsvertrag bestimmt ist, dass sämtliche Überstunden mit dem Gehalt abgegolten sind. Solche Klauseln betreffen vor allem Hochqualifizierte:

Die Hälfte der Arbeitnehmer, die keine Kompensation für Überstunden erhalten, sind Akademiker; es handelt sich häufig um die Berufsgruppen der Fachkräfte, Führungskräfte und Wissenschaftler.

Gesamtwirtschaftlich addierte sich das bezahlte, zusätzlich geleistete Mehrarbeitsvolumen 2013 auf 1,4 Milliarden Stunden. Je Arbeitnehmer entspricht dies 37 Stunden im Jahr (Grafik).

Im Krisenjahr 2009 brach die Zahl der geleisteten Überstunden ein – statt Arbeitnehmer zu entlassen, wurden einfach weniger Überstunden angesetzt. Insgesamt wurden 2009 rund 300 Millionen Überstunden weniger gefahren als üblich. Damit war der Entlastungseffekt fast genauso groß wie bei der Kurzarbeit (390 Millionen Stunden).

Langfristig ist die Zahl der bezahlten Überstunden deutlich zurückgegangen. In den 1990er Jahren arbeitete jeder Arbeitnehmer pro Jahr 50 zusätzliche Stunden. In den 1970er Jahren fielen in Westdeutschland sogar mehr als 170 Überstunden je Arbeitnehmer und Jahr an. Der Rückgang liegt im Wesentlichen an der zunehmenden Verbreitung von Arbeitszeitkonten und anderen Instrumenten der Arbeitszeitflexibilisierung. Da für Überstunden in vielen Tarifverträgen teure Zuschläge fällig werden, greifen Arbeitgeber gern auf Alternativen zurück.

Wie zufrieden sind die

Familie Fröhlich ist eine typisch deutsche Familie: Mutter Elke ist Grundschullehrerin, Vater Michael arbeitet bei einem Fernsehsender als Kameramann. Die beiden Kinder Leonie, 13, und Max, 10, gehen beide aufs Gymnasium, in dem auch Oma Heidi einmal in der Woche nachmittags ehrenamtlich als Hausaufgabenbetreuerin aktiv ist.

Familie Fröhlich ist mit ihrem Leben ziemlich zufrieden. Gefragt, wo sie sich auf einer Wohlfühl-Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) einsortieren würden, antworten die Fröhlichs mit „sehr zufrieden“ und erreichen auf der Skala eine 8,5. Damit wäre die fiktive Familie Fröhlich zufriedener als die Deutschen insgesamt, denn die 20.000 Menschen, die 2012 bei der Befragung durch das Sozio-oekonomische Panel mitmachten, kamen im Schnitt

auf einen Zufriedenheitsfaktor von 7,1. Das ist der höchste Wert seit langem.

Ein Blick auf die näheren Lebensumstände (Grafiken) zeigt, warum die Fröhlichs glücklicher mit ihrem Leben sind als viele andere: Sie leben in einem intakten Familienverbund, pflegen ihren Freundeskreis, engagieren sich ehrenamtlich und beide Elternteile gehen einer Arbeit nach, die es ihnen ermöglicht, eine schöne Wohnung und sportliche Aktivitäten zu finanzieren. Die Arbeit gibt den Fröhlichs aber nicht nur finanzielle Sicherheit: So sind Arbeitslose, die die gleichen monatlichen Einkünfte, den gleichen Gesundheitsstatus und den gleichen Bildungsstand haben wie Erwerbstätige, signifikant unglücklicher als Menschen, die einer sinnstiftenden Arbeit nachgehen.

Was uns gefällt

Lebenszufriedenheit der Deutschen im Jahr 2012 auf einer Skala von 0 = ganz und gar unzufrieden bis 10 = ganz und gar zufrieden

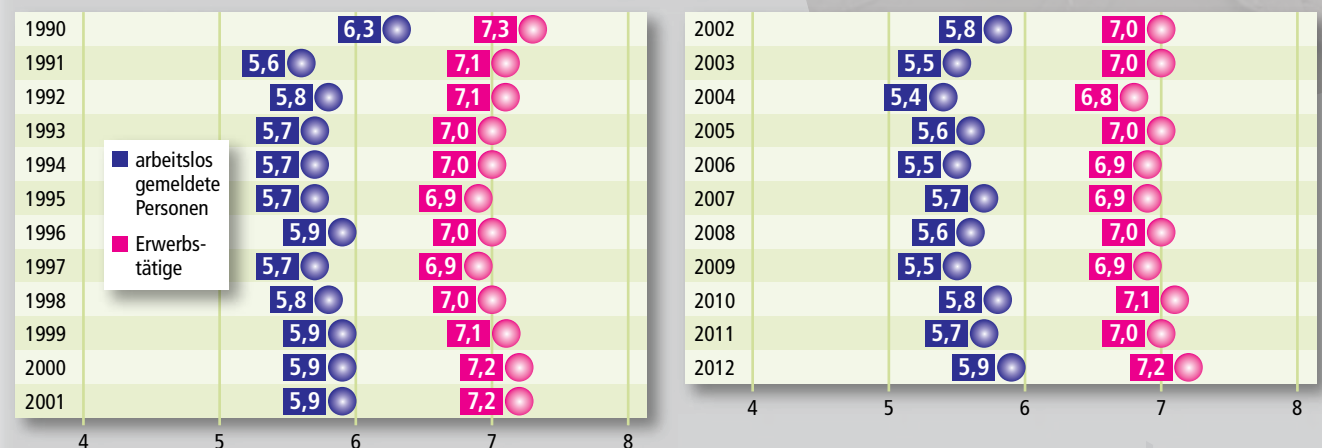


Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln © 2014 IW Medien - iw26

Glücksfaktor Arbeit

Lebenszufriedenheit der Deutschen im Jahr 2012 auf einer Skala von 0 = ganz und gar unzufrieden bis 10 = ganz und gar zufrieden



Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln © 2014 IW Medien - iw26

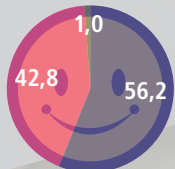


Deutschen?

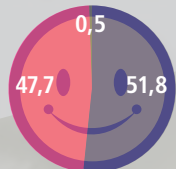
Ehrenamt macht gute Laune

So viel Prozent derjenigen, die 2012 einer ehrenamtlichen Tätigkeit nachgingen, hatten eine ...

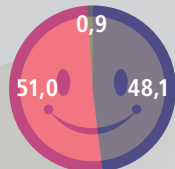
■ hohe Lebenszufriedenheit ■ mittlere Lebenszufriedenheit ■ niedrige Lebenszufriedenheit



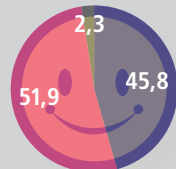
ehrentätige Tätigkeit jede Woche (10 Prozent der Bevölkerung)



jeden Monat (8 Prozent der Bevölkerung)



seltener als einmal im Monat (13 Prozent der Bevölkerung)



nie (68 Prozent der Bevölkerung)

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 26

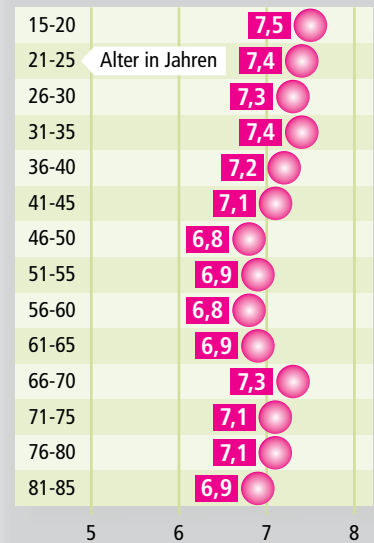
Die Messlatte

Die Lebenszufriedenheit wird auf einer Skala von 0 bis 10 ermittelt, wobei 0 für ganz und gar unzufrieden steht und 10 für ganz und gar zufrieden. Personen, die eine hohe Lebenszufriedenheit angeben, erzielten Werte von 8 bis 10; Personen mit mittlerer Lebenszufriedenheit kamen auf Werte von 3 bis 7 und Personen mit niedriger Lebenszufriedenheit erreichten Werte zwischen 0 und 2.



Glückliche Jugend

Lebenszufriedenheit im Jahr 2012 in Deutschland auf einer Skala von 0 = ganz und gar unzufrieden bis 10 = ganz und gar zufrieden



Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 26

Wer glaubt, wird selig

So viel Prozent der Studenten dieser Fachrichtungen hatten 2012 in Deutschland eine hohe Lebenszufriedenheit

Evangelische Theologie, Religion	75
Sportwissenschaft	73
Informatik	71
Elektro- und Verkehrstechnik	70
Sozialwissenschaften/Politikwissenschaften	69
Sozialwesen	68
Human- und Zahnmedizin	67
Germanistik, Anglistik, Romanistik, Slawistik	64
Biologie, Chemie, Pharmazie, Physik	63
Psychologie	62
Ingenieurwesen und Bauingenieurwesen	62
Rechtswissenschaften	55
Maschinenbau	55
Wirtschaftswissenschaften	53
Mathematik	52
Sprach-, Literatur- und Kulturwissenschaften	52
Erziehungswissenschaften und Sonderpädagogik	47

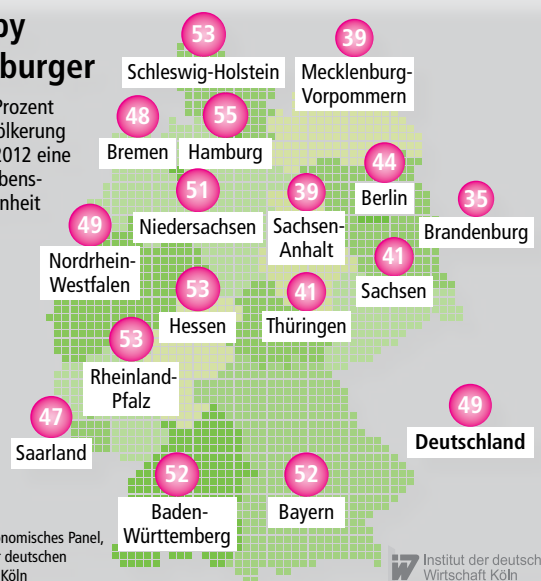
Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 26

Happy Hamburger

So viel Prozent der Bevölkerung hatten 2012 eine hohe Lebenszufriedenheit



Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 26

aus IW-Trends 2/2014

Dominik Enste, Mara Ewers: Lebenszufriedenheit in Deutschland: Entwicklung und Einflussfaktoren
iwkoeln.de/lebenszufriedenheit

Steigender Kostendruck

Tariflöhne. Seit dem Ende der Wirtschafts- und Finanzkrise laufen die Löhne dem Produktivitätsfortschritt davon. Dies wird sich langfristig in steigenden Preisen und einer schlechteren preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen niederschlagen.

Ende der 1990er Jahre hat sich der lohnpolitische Kurs in Deutschland geändert. Die Tarifverträge wurden zunächst bei der Arbeitszeit und später auch bei den Löhnen schrittweise geöffnet, um mehr betrieblichen Gestaltungsspielraum zu gewinnen. Gleichzeitig hat eine lang anhaltende Phase angemessener Lohnabschlüsse begonnen.

Die Flexibilisierung und eine maßvolle Lohnpolitik haben sich ausgezahlt: Die Zahl der Arbeitslosen ist von 5 Millionen im Jahr 2005 auf aktuell 3 Millionen gesunken. Das lange Zeit rückläufige Arbeits-

volumen ist inzwischen wieder so hoch wie Mitte der 1990er Jahre.

Die Zahl der Erwerbstätigen liegt mit derzeit 42 Millionen auf einem Rekordniveau.

Diese arbeitsmarktpolitischen Erfolge gingen zeitweise einher mit einem Anstieg des Niedriglohnsektors. Der Trend ist aber seit einigen Jahren gestoppt. Analysen zur Lohnschichtung zeigen sogar, dass die Zahl der Beschäftigten, die weniger als den künftigen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro je Stunde verdienen, von 2011 bis 2012 um eine halbe Million zurückgegangen ist – und bis 2015 nochmals um etwa 1 Million sinken dürfte.

Ursache dafür ist, dass die Tariflohndynamik seit 2008 Fahrt aufgenommen hat und auch die tatsächlich gezahlten Bruttostundenlöhne seit 2011 im Durchschnitt kräftig zulegen. Dabei ist es zu einer deutlichen Abkoppelung des Lohns von

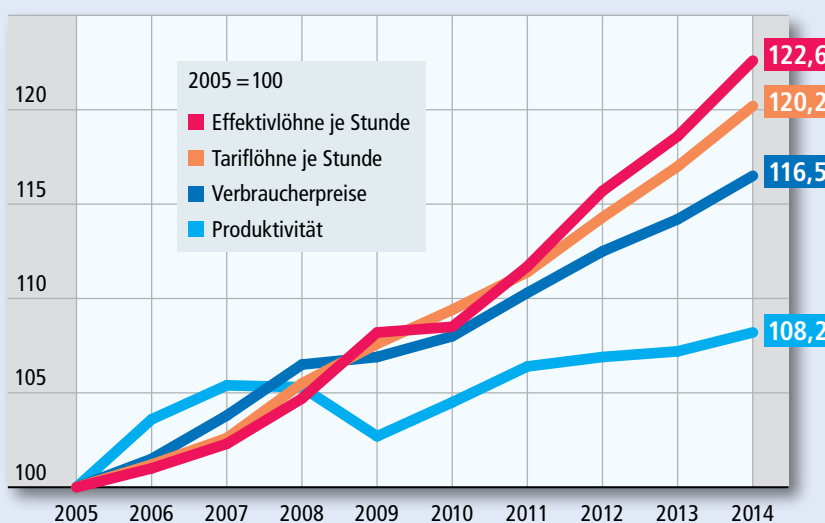
der Produktivitätsentwicklung gekommen (Grafik). Die einzelnen Perioden im Schnelldurchlauf:

- Zwischen 2005 und 2008 entwickelten sich Löhne und Produktivität noch im Gleichklang.
- Ab dem Jahr 2008 zogen die Löhne der Produktivität davon. Das lag an der Wirtschaftskrise. Sie hat die gesamtwirtschaftliche Produktivität 2008 und 2009 schrumpfen lassen. Damals legten die Tariflöhne weiter zu, wegen der Kurzarbeit ging der Output aber deutlich zurück.
- In den Jahren 2010 und 2011 zog die Produktivität im Zuge des Aufschwungs kräftig an, sodass sich die Schere zunächst nicht weiter öffnete.
- Seit dem Jahr 2012 legt die Produktivität aufgrund des schwächeren Wachstums aber wieder langsamer zu, während die Tariflohndynamik an Fahrt gewinnt. Laut Prognosen des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wird sich dies im laufenden Jahr fortsetzen.

Die Abkoppelung der Loehndynamik von der Produktivitätsentwicklung sorgt für steigende Lohnstückkosten. Die Unternehmen werden mittelfristig versuchen, dies auf die Preise überzuwälzen oder zu rationalisieren.

Vorerst dürfen sich die Beschäftigten darüber freuen, dass sie auch nach Abzug der Teuerung mehr in der Tasche haben – zumal die tatsächlich ausgezahlten Effektivlöhne derzeit stärker steigen als die Tariflöhne. Dafür sorgen übertarifliche Leistungen, Überstundenzuschläge oder Gewinnbeteiligungen. Dieser Trend dürfte sich 2014 fortsetzen.

Tariflöhne in Deutschland



Effektivlöhne: Bruttostundenlöhne einschließlich Sonderzahlungen und Zuschläge;
2014: Prognose Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt, Sachverständigenrat zur
Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vorfahrt für Tarifverträge

Allgemeinverbindlichkeit. Noch im Sommer wird der Deutsche Bundestag das Tarifautonomiestärkungsgesetz verabschieden. Dadurch will die Bundesregierung Tarifverträgen wieder mehr Geltung verschaffen.

Die Bundesregierung will vor allem an zwei Hebeln ansetzen:

1. Mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns soll ein Anreiz dafür geschaffen werden, Tarifverträge mit ausreichend hohen Löhnen abzuschließen.

2. Künftig soll es einfacher werden, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären.

Die Bundesregierung schränkt mit diesen Instrumenten die Koalitionsfreiheit erheblich ein. Denn zur Tarifautonomie gehört nicht nur die positive Koalitionsfreiheit, sondern auch die negative.

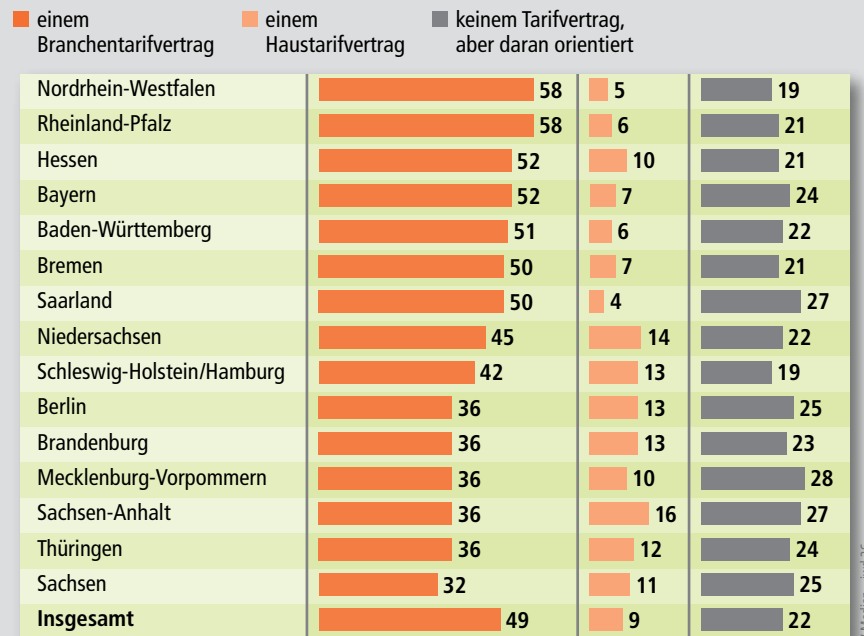
Positive Koalitionsfreiheit heißt, dass sich Unternehmen in Arbeitgeberverbänden und Arbeitnehmer in Gewerkschaften organisieren dürfen, die dann die Arbeitsbedingungen aushandeln.

Negative Koalitionsfreiheit heißt, dass sich Unternehmen und Arbeitnehmer auch gegen solche kollektiven Vereinbarungen entscheiden und eigene Standards setzen können.

Bislang hat der Gesetzgeber daher keine gesetzliche Lohnuntergrenze eingeführt und die Allgemeinverbindlichkeit war an strenge Maßstäbe geknüpft: Für allgemeinverbindlich durfte ein Tarifvertrag nur dann erklärt werden, wenn mindestens die Hälfte der Arbeitnehmer einer Branche in tarifgebundenen Betrieben arbeiten.

Tarifbindung in Deutschland

So viel Prozent der Beschäftigten unterlagen im Jahr 2013



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Ind 26

Dadurch wurde verhindert, dass eine Minderheit der Mehrheit ihren Tarifwillen aufzwingen kann. Diese 50-Prozent-Regel entfällt künftig.

Für allgemeinverbindlich erklären kann die Bundesarbeitsministerin in Zukunft einen Tarifvertrag auch dann, wenn ein sogenanntes öffentliches Interesse besteht – wie auch immer dies im Einzelfall definiert ist. Voraussichtlich wird es in Deutschland deshalb demnächst mehr tarifliche Mindestlöhne und mehr allgemeinverbindliche Tarifverträge geben. Der Staat verleiht damit den Tarifverträgen eine Reichweite, die sie ohne staatlichen Eingriff nicht hätten.

Einer der Gründe für den staatlichen Eingriff ist die rückläufige Tarifbindung (Grafik):

Im Jahr 2013 waren im Westen noch 60 Prozent aller Arbeitnehmer

tarifgebunden, im Osten traf dies auf 47 Prozent zu.

Kleinere Betriebe sind seltener in einem Arbeitgeberverband als große. Die gesetzliche Ausweitung von Tariflöhnen dürfte also vor allem diese Firmen treffen – auch wenn sie sich oft an einen Tarifvertrag anlehnen. Besonders bei der Arbeitszeit gehen sie aber eigene Wege.

Wenn die kleinen und mittleren Unternehmen künftig in den Tarifrunden stärker mitreden wollen, sollten sie sich in Arbeitgeberverbänden organisieren. Ansonsten setzen die meist tarifgebundenen Großunternehmen die Standards. Werden Letztere dann für allgemeinverbindlich erklärt, stehen die kleinen und mittleren Firmen vor Problemen, weil ihre Interessen in den Tarifverträgen möglicherweise unzureichend berücksichtigt sind.

Soli-Pläne schaden dem Bund

Länderfinanzausgleich. Im Jahr 2019 läuft der Solidarpakt II aus. Dann müssen die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern neu geregelt werden. Die Länder sind nun auf der Suche nach einer neuen Einnahmequelle: Sie fordern eine Beteiligung am Solidaritätszuschlag.

Das Aufkommen des Soli beträgt in diesem Jahr knapp 15 Milliarden Euro und steht dem Bund vollständig zur Verfügung. Der finanziert daraus unter anderem die Zuweisungen an die ostdeutschen Bundesländer gemäß der Vorgaben im Solidarpakt II.

Eine Kommission aus Vertretern der Politik diskutiert daher über eine Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen. Da die Bundesländer wegen der Schuldenbremse ab 2020 keine neuen Kredite mehr aufnehmen dürfen, wollen sie ihren Anteil an den Steuereinnahmen erhöhen – durch eine Beteiligung am Soli.

Adressaufkleber

Bundeshaushalt: Ohne Soli neue Schulden

Die Bundesländer fordern einen Anteil am Solidaritätszuschlag, der bislang vollständig dem Bund zufließt. Dieser müsste den wegfallenden Teil des Soli durch neue Kredite ausgleichen.

in Milliarden Euro	2014	2015	2016	2017	2018
Solidaritätszuschlag insgesamt	14,9	15,7	16,3	17,0	17,7
Nettokreditaufnahme	6,5	0	0	0	0
Ausfall Solidaritätszuschlag Bund	8,4	8,8	9,2	9,6	10,0
Nettokreditaufnahme neu	14,9	8,8	9,2	9,6	10,0

Ursprungsdaten: Bundesfinanzministerium

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 26

Momentan ist der Soli ein Zuschlag von 5,5 Prozent auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer. Das wollen die Länder ändern, indem sie den Zuschlag direkt in die Tarife der jeweiligen Steuern einarbeiten.

Weil die Länder von der Einkommenssteuer 42,5 Prozent und die Kommunen 15 Prozent abbekommen, käme ein Teil des Solis künftig bei ihnen an. Ähnliches gilt für die Körperschaftssteuer, die jeweils zur Hälfte Bund und Ländern zusteht.

Diese Umverteilung ginge allerdings zulasten des Bundes (Grafik):

Die Reform würde den Bund bereits 2018 gut 10 Milliarden Euro Steueraufkommen kosten, die in die Kassen von Ländern und Kommunen fließen.

Der Bund hat durch die im Koalitionsvertrag vereinbarten zusätz-

lichen Ausgaben keinerlei Haushaltsspielraum – folglich wären neue Kredite nötig.

Vor allem besteht bei einem solchen Tausch die Gefahr, dass die Länder sich zulasten des Bundes sanieren und die dringend notwendige Reform des Länderfinanzausgleichs verschleppen. Denn der Druck, zu reformieren, nimmt durch die zusätzlichen Steuereinnahmen zwar ab – allerdings stehen wenigen Geberländern nach wie vor viele Nehmerländer gegenüber.

Insofern sollte über einen Umbau des Steuersystems nachgedacht werden. Sinnvoll wäre es, wenn die Länder mehr Steuereinnahmen bekämen – indem sie zum Beispiel das Recht erhalten, einen Aufschlag auf die Einkommenssteuer festzusetzen.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistent: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer,
Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann,
Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich
(außer Juli und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

IW.KÖLN. WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.